

Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich.
Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
der Wichtigkeit der Anzeigen, sowie
nach dem Platz und der Wichtigkeit.
Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
der Wichtigkeit der Anzeigen, sowie
nach dem Platz und der Wichtigkeit.

Telegramme: Auerblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 139

Donnerstag, den 18. Juni 1925

20. Jahrgang

Veröffentlichung der Note am Freitag.

Französische Pressestimmen. — Italien wartet auf die deutsche Antwort.

Paris, 18. Juni. Der französische Botschafter hat heute mittag dem Reichsminister des Auswärtigen die Antwort auf das deutsche Memorandum über die Sicherheitsfrage übergeben. Für den Antwort wird die Stellungnahme Frankreichs und seiner Alliierten zu den deutschen Forderungen ausführlich dargelegt. Das deutsche Memorandum und die jetzt eingegangene Antwort werden am Freitag veröffentlicht werden.

Der Sicherheitspakt fußt auf dem Versailler Vertrag.
Paris, 18. Juni. Die heute mittag überreichte französische Note auf den deutschen Vorschlag über den Abschluß eines Sicherheitspaktes wird von einigen Abendblättern bereits besprochen. „Temps“ schreibt: Die französische Regierung ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß ein derartiger Pakt nur wahrhaft nützlich sein kann, wenn er neue Sicherheiten bietet, wenn er also etwas zu den Garantien hinzufügt, die die Alliierten aus dem Friedensvertrag herleiten. Niemand kann eine Regelung ins Auge fassen, die grundsätzlich eine Verminderung der Vertragsrechte bedeutet, die sich aus dem Siege der Alliierten ergeben haben, oder irgend etwas, das nicht in dem Rahmen dieser Verträge liegt. In diesem Geiste hat Briand sich mit Chamberlain ausgesprochen. In der französischen Antwortnote ist nichts enthalten, was so ausgelegt werden kann, als sei es eine politische Demonstration für das Deutsche Reich oder als wolle man zu seinem Schaden die Vertragsbestimmungen forcieren. Aber wenn man zugibt, daß Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den Alliierten verhandelt, muß es klar sein, daß diese Verhandlungen keinen anderen Ausgangspunkt haben, als die Friedensverträge, so wie sie existieren. Niemand hat das Recht, sie ohne Zustimmung der Signatarmächte zu ändern. Erst dann, wenn Berlin diesen Standpunkt freiwillig annimmt, wird es den Beweis seiner Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit gegeben haben.

Die „Information“ sagt in der Abendausgabe: Das Kontinentalsystem ist in der Ausarbeitung begriffen. Es ist eines der großen Verdienste der zeitgenössischen englischen Politik, daß sie es begriffen hat, daß dieses für die französische Sicherheit unerlässliche System nicht gegen England gerichtet ist. Frankreich hat es verstanden, die öffentliche Meinung in England oder wenigstens die augenblicklich Regierenden davon zu überzeugen, daß es nur den Frieden will — und schon kann man die Friedensverträge einheimen. Das Abkommen von Genf hat die Grundlage für die französische Antwort gebildet. Vor einigen Tagen hat Deutschland eine andere Note erhalten, in der erklärt wird, unter welchen Bedingungen Abin geräumt wird: Wenn Deutschland entwaffnet, die Rüstungsnotizen und die Sicherheitsnotizen, die im Ton verhandelt sind, folgen einander, wie auch die Ereignisse sich folgen müssen. Es gibt also zwei Etappen in den Verhandlungen und zwei Mittel, Deutschland zu zwingen, seinen guten Willen zu beweisen.

Das offizielle Deutschland hält in einer Hand das Gewehr, das es verbirgt, in der anderen eine Feder, mit der es sich anschickt zu schreiben. Es ist nötig, daß es sich für das Gewehr oder für die Feder entscheidet.

Inhalt und Vorgeschichte der französischen Note.

Der „Matin“ bringt über den Inhalt und die Vorgeschichte der französischen Antwort einige Angaben, die das Wesentliche kurz zusammenfassen, — wie betont werden muß, nach französischer Auffassung. Daß diese Auffassung mit der Englands nicht immer übereinstimmt, hat sich gezeigt. Der „Matin“ erklärt, daß die französische Antwort jetzt von allen anderen Staaten, auch von Italien gebilligt worden sei. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß Italien an dem Pakt über das Rheingebiet teilnehme, und daß Italien und Frankreich einander gegenseitig die Sicherheit der Rheingrenze und der Grenze am Brenner garantierten. Die Dokumente, die am Donnerstag veröffentlicht werden sollen, seien: Das deutsche Memorandum, die Empfangsbekanntmachung Herrlots, die französische Antwort und sieben Noten,

Wirtschaftshilfe für Beamte.

Der Preussische Landtag überwies gestern zunächst einen sozialdemokratischen Antrag an den Beamtenausschuß, monach an die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 bis zum 1. Juli 1925 eine außerordentliche Wirtschaftshilfe von 100 Mark gewährt werden soll. Dann wurde die Beratung des Landwirtschaftssetzungsfortschritts und damit die Frage der Förderung der Landwirtschaft.

die die Korrespondenz zwischen Frankreich und England über den Garantiepakt darstellen. Ueber den angeblichen Inhalt schreibt der „Matin“: „Die deutsche Note, die am 8. Februar durch einen Botschaftssekretär überbracht und am 24. Februar durch den Botschafter v. Hoersch bestätigt wurde, bietet einen Pakt an, der eine Sicherung der Rheingrenze vor einem Angriff gibt. Dieser Pakt soll durch Schiedsgerichtsabkommen zwischen den an dieser Grenze interessierten und eventuell auch anderen Mächten ergänzt werden. Das ganze Arrangement soll von den Vereinigten Staaten garantiert werden, denen gegenüber die beteiligten Mächte sich verpflichten, in keinem Falle etwa entstehende Streitfragen durch die Gewalt zu entscheiden. Herrlot antwortete auf diesen Vorschlag: Er würde sich mit den Verbündeten Frankreichs beraten. Frankreich sei bereit, den deutschen Vorschlag „im Rahmen der bestehenden Verträge“ zu prüfen. Nun begannen die Verhandlungen, deren Verlauf bekannt ist — trotz der falschen Darstellung englischer Zeitungen (wie der „Matin“ sagt).

Die Verhandlungen führten zu der Verständigung zwischen Briand und Chamberlain in Genf. Frankreich nimmt in seiner Antwort den Pakt an und es spricht die Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten sich später in einer ihnen zufugenden Form der Zustimmung anschließen werden. Frankreich nimmt ein Schiedsgerichtsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich und Belgien an und spricht den Wunsch aus, daß ähnliche Abkommen mit anderen Staaten folgen mögen. Zwei Schiedsgerichtsverträge sind unerlässlich: Verträge, welche Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei abschließen muß. Frankreich ist also mit dem deutschen Vorschlag einverstanden — unter bestimmten Bedingungen.

Der „Matin“ macht dann über diese Bedingungen folgende Angaben:

1. Bedingung: „Es darf nicht als ein Angriff gegen die entmilitarisierte Rheingone betrachtet werden, wenn die Verletzung eines von einer oder einer von mehreren Mächten unterzeichneten Vertrages ein Eingreifen notwendig macht, oder wenn ein Versuch gemacht wird, die in den Verträgen vereinbarten Grenzverhältnisse zu ändern.“ Diese Bedingung wird vom „Matin“ noch etwas deutlicher ausgedrückt: „Die Verletzung der Schiedsgerichtsvorträge mit Polen und der Tschechoslowakei gibt die Möglichkeit zu einem Einschreiten, ebenso der Verletzung der Verträge an Deutschland, der im Vertrag nicht vorgesehen ist.“

2. Bedingung: „Deutschland muß Mitglied des Völkerbundes werden.“ Auch diese Bedingung wird vom „Matin“ noch etwas genauer ausgelegt: „Es ist unmöglich, Garantieverträge mit Staaten abzuschließen, welche die Verpflichtungen des Vertrages und des Völkerbundes nicht anerkennen.“

Der „Matin“ findet diese Bedingungen so „logisch und natürlich“, daß an einer Annahme durch Deutschland nicht gezweifelt werden könne. Die Verhandlungen mit Deutschland, die jetzt beginnen, würden in jedem Falle Klarheit über die politische Lage in Europa bringen, gleichviel, ob sie mit einer Eingung oder mit einem Abbruch enden.

Italiens Standpunkt.

Paris, 18. Juni. Die Antwort der italienischen Regierung auf die von der französischen Regierung entworfene Antwortnote an die deutsche Reichsregierung betreffend den Abschluß eines Sicherheitspaktes ist heute in Paris eingetroffen. In dieser Note erklärt die italienische Regierung, daß sie mit der französischen Regierung über die allgemeinen Grundsätze, unter denen ein Sicherheitspakt abgeschlossen werden müsse, einverstanden sei. Aber im jetzigen Stadium der Verhandlungen trete die Auffassung, die jedes Land hege, noch nicht klar genug zutage. Erst wenn die deutsche Regierung ihre Antwort an die französische Regierung mitgeteilt habe und die Verhandlungen im Gange seien, könne die italienische Regierung ihren Standpunkt festlegen.

Beginn des zweiten Rathenau-Prozesses.

Der bereits angekündigte zweite Rathenau-Mordprozess gegen den Oberleutnant zur See a. D. Günther-Brand und den Fabrikanten Rüdigermeister aus Frelberg wird den Blättern zufolge am Donnerstag, den 25. Juni vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig beginnen.

Ein Engländer in China getötet.

Japan hat vier Kriegsschiffe nach Shanghai gesandt.

Beijing, 18. Juni.
Die england- und japanfeindliche Propaganda der Studenten wird, gestützt auf die Stimmung der breiten Masse und die Schwäche der Zentralregierung, immer unerschütterlicher getrieben. In den Toren der „verbotenen Stadt“ haben die Studenten große Plakate angebracht mit der Aufschrift: „Engländer und Japaner ist der Eintritt verboten.“ Außerhalb der Stadt sind längs der Straße bei der landwirtschaftlichen Hochschule Tafeln aufgestellt mit der Aufforderung: „Engländer, verlaßt diesen Weg!“ Handzettel aufstehenden Inhalts werden verteilt. Überall sammeln Agitatoren kleine Gruppen um sich, denen sie die „Schandtaten der Engländer, die Ausbeutung durch die Fremder“ erzählen. Zu neuen Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen, doch glimmt das Feuer unter der Oberfläche, und der geringste Anstoß kann es zu hellen Flammen entfachen. Tägliche in Shanghai die Lage ansofern eine wesentliche Verschärfung erfahren, als dort gestern im Laufe des Vormittags ein Engländer getötet worden ist. (Nach anderen Meldungen soll es sich um einen Amerikaner handeln.)

London, 18. Juni. Eine Befehls-Meldung gibt eine Schilderung der Ermordung des Engländers William Madenzie, der in den Shanghai-Kriegsblättern angestellt war. Um 9 Uhr abends wurde das Auto Madenzies, in dem er mit Miss Duncan saß von sieben Kulis überfallen, die Revolverkugeln auf ihn abfeuerten. Durch einen dieser Schüsse wurde Madenzie an der Schlägader verwundet und starb innerhalb weniger Sekunden. Miss Duncan setzte sich darauf an das Steuer des Autos, das aber nach Zurücklegung einer kurzen Strecke in einen sechs Fuß tiefen Graben stürzte. Miss Duncan verließ darauf das Auto und den Toren und rettete sich in den amerikanischen Consulatklub, von dem aus polizeiliche Hilfe herbeigeholt wurde. Die Wacht hat die Erregung, die hier über die Vorgänge in China herrscht, noch erhöht. Diese Ereignisse haben die Vorkriegsverhandlungen in den Schatten gestellt. Sie erregen starke Beunruhigung, obwohl von offizieller Seite betont wird, daß kein Grund zum Alarm vorliege. Aus der gleichen Quelle wird mitgeteilt, daß keine der interessierten Mächte vor der Hand an eine Intervention denke. England werde, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, vorläufig nichts anderes tun, als das Leben und das Eigentum seiner Staatsangehörigen in China zu schützen. Man hofft, daß Marschall Tschangschin, der „Verteidiger von Recht und Ordnung in China“, instande sein wird, gesündere Zustände zu schaffen.

Tokio, 18. Juni. Vier Torpedobootzerstörer wurden von Sasebo nach Shanghai beordert und sind dort eingetroffen.

Hankau, 18. Juni. Der Gouverneur von Hupeh ließ als Führer des kommunistischen Aufstandes vier Studenten verhaften, die sich bereits in der studentischen Bewegung als Führer hervorgetan hatten.

Beijing, 18. Juni. Die Exekutivbehörde beschloß, studentische Zusammenkünfte in der Hauptstadt unter allen Umständen zu verbieten. Vier Regimentar der Armee des Generals Jeng beteiligten sich an hervorragender Stelle an der gestrigen Demonstration.

Kanton, 18. Juni. Die Regierung teilt mit, daß nunmehr alle Soldatentruppen entwaffnet und viele von ihnen für die Regierungsdienste verpflichtet worden sind, um als Arbeiterkorps Verwendung zu finden. Die Eisenbahnarbeiter haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

Shanghai, 18. Juni. Der Generalkontrakt griff auf Swatow über. Ein britisches Kriegsschiff wurde nach Swatow entsandt.

Die Lage im Fremdenviertel von Shanghai hat sich gehessert. Der Streik der Seeleute und Dockarbeiter dauert an. Man mahnt jedoch keine Angriffe auf Japaner in einer westlichen Vorstadt von Shanghai.

Hankau, 18. Juni. (Reuter.) Die chinesischen Behörden haben einen bolschewistischen Agitator erschossen.

Shanghai, 18. Juni. Der britische Generalkontrakt hat beim Hülfsregiment und dem Kommissar des Militärämter wegen der Ermordung des britischen Ingenieurs Madenzie energischen Protest erhoben.

Sidney, 18. Juni. Die Streikrußen im Kohlen-district von Cade Breton dauern fort. An verschiedenen Stellen wurden Bänke angelegt, welche u. a. ein Sprengstoffmagazin gestützten.